

An das Landesamt für Finanzen

Dienststelle

Bezügestelle Besoldung

Eingang bei der Bezügestelle

Personalbogen für Beamtinnen/Beamte mit einem höherrangigen Qualifikationserwerb (bei Fortbestehen des bisherigen Beamtenverhältnisses)

zur Ermittlung der Daten für die Bezügeabrechnung (wegen des höherrangigen Qualifikationserwerbs ist eine Stufenneuordnung erforderlich)

Die in diesem Personalbogen enthaltenen geschlechterspezifischen Bezeichnungen wurden aufgrund der besseren Lesbarkeit in der männlichen Form verwendet; sie schließen jedoch sowohl Frauen als auch Männer ein.

I. Persönliche Angaben (vom Beschäftigten auszufüllen)

Geschäftszeichen / Personal-Nr. (Soweit bekannt):			
-			
Titel	Familienname	Vorname	geboren am
Geburtsname	Geburtsort	Staatsangehörigkeit	
PLZ	Wohnort	Straße, Hausnummer	
Telefonisch erreichbar unter (Angabe freiwillig):		E-Mail-Adresse (Angabe freiwillig):	
Beschäftigungsdienststelle:			
Rentenversicherungsnummer/Mitgliedsnummer bei berufsständischer Versorgungseinrichtung (sofern bekannt):			

Belege bitte nicht heften, klammern oder aufkleben.

1. Angaben zur Ermittlung der Bemessung des Grundgehalts für die Stufenfestlegung
Bitte Zeit(en) jeweils unter Nummer 4 dieses Personalbogens angeben!

Ich stand bereits in einem Beschäftigungs-/Ausbildungsverhältnis im öffentlichen Dienst (bitte Nachweise beifügen).

Ich habe parallel zu meinem bisherigen Beamtenverhältnis die Befähigung für ein Amt einer höheren Qualifikationsebene erlangt (bitte Nachweise beifügen).

2. Vergabe einer erhöhten Anfangsstufe in den Besoldungsgruppen A9/A10 (gem. Art. 30 Abs. 1 Satz 3 BayBesG)

Ich bin vorgesehen für eine Einstellung in eine sog. „Fachlaufbahn mit fachlichem Schwerpunkt mit technischer Ausrichtung“ (Art. 34 Abs. 3 Gesetz über die Leistungslaufbahn und die Fachlaufbahnen der bayerischen Beamten und Beamtinnen – LlbG).

Ein Nachweis über eine Regelstudiendauer von mehr als sechs Semestern bezüglich meiner Vorbildung (Fachhochschule oder gleichwertiger Studiengang)

liegt bei bzw.

wird nachgereicht.

3. Berücksichtigungsfähige Zeiten nach Art. 31 BayBesG, die zu einer fiktiven Vorverlegung des Dienst Eintritts führen können bzw. nicht zu einer Verzögerung des Stufenaufstiegs führen:

(Das Aufsteigen in den Stufen der Besoldungsgruppen regelt sich vom Zeitpunkt des erstmaligen Dienst Eintritts aus, vgl. Art. 30 Abs. 2 Satz 1 bzw. 47 Abs. 2 Satz 1 BayBesG.)

Bitte Zeit(en) jeweils unter Nummer 4 dieses Personalbogens angeben!¹

Für die Ernennung in das Beamtenverhältnis auf Probe war laufbahnrechtlich erforderlich:

Vorbereitungsdienst

fachbezogene hauptberufliche Tätigkeit

Ich habe (freiwilligen) Wehrdienst oder Zivildienst, Bundesfreiwilligendienst, Entwicklungshelferdienst, ein freiwilliges soziales Jahr, ein freiwilliges ökologisches Jahr abgeleistet [bitte Dienstzeitbescheinigung(en) beifügen].

Ich habe Elternzeit/Erziehungsurlaub genommen [bitte Nachweis(e) beifügen] bzw. ein Kind betreut [bitte schriftlich glaubhaft darlegen].

Ich habe einen nach ärztlichem Gutachten [bitte Nachweis(e) beifügen] pflegebedürftigen nahen Angehörigen (Eltern, Schwiegereltern, Ehegatten, Lebenspartner im Sinne des § 1 Lebenspartnerschaftsgesetzes, Geschwister oder Kinder) tatsächlich betreut oder gepflegt.

Bitte zusätzlich eine schriftliche Erklärung mit detaillierter Erläuterung der vorgenommenen Tätigkeiten beilegen.

¹ Vgl. im Einzelnen Nrn. 2 und 4 bis 7 des Hinweisblattes.

Ich habe eine Eignungsübung nach dem Eignungsübungsgesetz abgeleistet
(bitte Dienstzeitbescheinigung beifügen).

Ich beantrage, Zeiten meiner Mitgliedschaft in der Bundesregierung, Landesregierung, im Bayerischen Landtag, in einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes der Bundesrepublik Deutschland, des Bundes oder der Europäischen Union für eine fiktive Vorverlegung meines Dienstantritts zu berücksichtigen.

Bitte eine schriftliche Erklärung über den geltend gemachten zeitlichen Umfang mit der Versicherung beifügen, dass sie für diese Zeiten keine Versorgungsabfindung erhalten haben.

Ich habe bei meiner Personal verwaltenden Stelle beantragt, dass sonstige für die Beamten-tätigkeit förderliche hauptberufliche² Beschäftigungszeiten für eine Vorverlegung meines Diensteintritts berücksichtigt werden (Art. 31 Abs. 2 BayBesG).

Der Antrag wurde am _____ bei meiner Personal verwaltenden Stelle gestellt³

² Eine „Hauptberuflichkeit“ erfordert grundsätzlich, dass die fragliche Beschäftigung entgeltlich erbracht wurde, nach den Lebensumständen den beruflichen Tätigkeitsschwerpunkt darstellte und die Beschäftigung mindestens in dem Beamtenverhältnis zulässigen Umfang abgeleistet wurde.

³ Die Antragstellung ist Voraussetzung für eine höhere Stufe oder eine verkürzte Stufenlaufzeit. Etwaige daraus resultierende höhere Bezüge können erst ab dem 1. des Monats der Antragstellung geleistet werden.

5. Sonstige Angaben

<p>Ich erkläre auf Dienstpflicht die Richtigkeit vorstehender Angaben einschließlich der Angaben zum beruflichen Werdegang.</p> <p>Ich verpflichte mich, jede Änderung, die sich gegenüber den vorstehend gemachten Angaben ergibt, der zuständigen Dienststelle des Landesamtes für Finanzen, Bezügestelle Besoldung, unverzüglich schriftlich anzuzeigen.</p> <p>Mir ist bekannt, dass ich Bezüge zurückzahlen muss, die ich wegen unterlassener, verspäteter oder fehlerhafter Anzeige zu viel erhalte.</p>	
<p>Informationen zur Verarbeitung der Daten und zu den diesbezüglichen Rechten erhalten Sie unter www.lff.bayern.de/ds-info oder alternativ unter unserer Datenschutz-Telefonnummer 0931 4504-6770.</p>	
<p>Datum</p>	<p>Unterschrift</p>

Hinweise zu den Angaben zum beruflichen Werdegang

- für Ihre Unterlagen -

Die Angaben werden zur Festsetzung Ihrer Grundgehaltsstufe benötigt.

Bitte geben Sie in der Tabelle

- **lückenlos** alle Zeiten nach dem Ende der Schulausbildung (z.B. Mittlere Reife / Abitur usw.) unter Vorlage der Ihnen zur Verfügung stehenden **Nachweise** (z.B. Dienstzeitbescheinigung, Elterngeldbescheid)
- **mit Tagesdatum** (Beginn /Ende)
- **entsprechend den nachstehend aufgeführten Punkten** an.

1. Weiterbildung (Art der Ausbildung)

Bitte geben Sie die Art der Ausbildung (z. B. Studium mit Angabe des Studienfaches, Fachschule, Meisterschule, Promotion) an.

Sofern in diese Zeiträume auch Zeiten der Kinderbetreuung oder der Pflege von nahen Angehörigen gefallen sind, sind diese gesondert anzugeben (siehe Nr. 5 bzw. Nr. 6 dieses Hinweisblattes).

2. Beschäftigung (Art der Tätigkeit) bei (Arbeitgeber / Dienstherr)

Bitte teilen Sie uns das Rechtsverhältnis zum Arbeitgeber mit [z.B. Beamter oder Soldat auf Zeit (beachte Nr. 7 dieses Hinweisblattes), Arbeitnehmer, Auszubildender usw.].

Verwenden Sie bei der Angabe des Arbeitgebers/Dienstherrn keine Abkürzungen.

Kreuzen Sie bitte in der Spalte „Umfang der Tätigkeit“ an:

- | | |
|-------|---|
| voll | wenn Sie vollbeschäftigt waren; |
| ≥ 0,5 | wenn Sie mit <u>mindestens der Hälfte</u> der regelmäßigen Arbeitszeit
teilzeitbeschäftigt waren; |
| < 0,5 | wenn Sie <u>mit weniger als der Hälfte</u> der regelmäßigen Arbeitszeit
teilzeitbeschäftigt waren. |

3. Ohne Beschäftigung (Grund)

Sofern es einen besonderen Grund dafür gibt, warum keine Beschäftigung ausgeübt wurde, ist dieser näher zu bezeichnen und ggf. unter „zusätzliche Bemerkungen“ näher zu erläutern. Gründe können z.B. sein: Arbeits- oder Ausbildungsplatz suchend; Zwangspause (wenn die Aufnahme einer Ausbildung nur zu einem bestimmten Zeitpunkt möglich war).

Sofern in diese Zeiträume auch Zeiten der Kinderbetreuung oder der Pflege von nahen Angehörigen gefallen sind, sind diese gesondert anzugeben (siehe Nr. 5 bzw. Nr. 6).

4. Gesellschaftlich relevante Zeit

Dazu zählen der Grundwehrdienst und der freiwillige zusätzliche Wehrdienst im Anschluss an den Grundwehrdienst, der freiwilliger Wehrdienst, Wehrübungen, der Zivildienst und der freiwillige zusätzliche Zivildienst, der Bundesfreiwilligendienst, der Entwicklungshelferdienst, das freiwillige soziale Jahr und das freiwillige ökologische Jahr.

Bitte tragen Sie die genaue Bezeichnung (z. B. Grundwehrdienst) ein und legen Sie die Dienstzeitbescheinigung bei.

Für die Berücksichtigung dieser Zeiten ist zusätzlich mitzuteilen, wann die Bewerbung für die spätere Einstellung im öffentlichen Dienst erfolgte und ob diese Bewerbung maßgeblich für die spätere Einstellung war.

5. Kinderbetreuungszeiten (für Kind, geb. am)

Bitte geben Sie Name, Vorname und das Geburtsdatum des betreuten Kindes an.

Dazu zählen Zeiten der Kinderbetreuung sowohl innerhalb (Elternzeit, familienpolitische Beurlaubungen) als auch außerhalb eines Beschäftigungsverhältnisses.

Bei Kinderbetreuungszeiten außerhalb eines Beschäftigungsverhältnisses (z. B. während Arbeitslosigkeit/Studium) ist unter „zusätzliche Bemerkungen“ oder auf einem Beiblatt *gesondert schriftlich glaubhaft* zu machen, dass die Kinderbetreuung im Vordergrund gestanden hat.

Bitte legen Sie entsprechende Kopien der Elternzeit- bzw. Beurlaubungsgenehmigungen vor.

6. Zeiten der tatsächlichen Betreuung oder Pflege von nahen Angehörigen

Bitte geben Sie Name, Vorname, Geburtsdatum und das Familien- bzw. Verwandtschaftsverhältnis des Angehörigen an. Bei Pflegezeiten außerhalb eines Beschäftigungsverhältnisses (z. B. während Arbeitslosigkeit/Studium) ist *gesondert schriftlich glaubhaft* zu machen, dass die Pflege des nahen Angehörigen im Vordergrund gestanden hat.

7. Besonderheit bei früherem Beamten-/Richter-/Soldatenverhältnis auf Zeit

Gesondert anzugeben / beizufügen sind:

- Kopie der ersten Ernennungsurkunde bzw. Kopie der Dienstzeitbescheinigung (Soldat auf Zeit)
- Unterlagen aus der die damalige Besoldungsgruppe zum Ernennungszeitpunkt ersichtlich ist (nicht Ausbildungsdienstverhältnisse);
- Zeiten ohne Anspruch auf Grundgehalt (z.B. Anwärterzeiten, Beurlaubungen mit Angaben des Grundes);
- Beurlaubung mit Anerkennung eines dienstlichen Interesses;
- Zeiten eines schuldhaften Fernbleibens vom Dienst;
- Zahlungszeitpunkt einer Jubiläumszuwendung.

II. Ergänzende Angaben der Personal verwaltenden Stelle⁵

(von der Personal verwaltenden Stelle vorab auszufüllen)

Familienname	Vorname	Geschäftszeichen
Ernennungszeitpunkt	Amtsbezeichnung	Besoldungsgruppe
Dienststelle		Haushaltsstelle (Kapitel, Titel, AOST)
<p>Es liegt eine Versetzung, eine Übernahme oder ein Übertritt gem. Art. 30 Abs. 4 BayBesG aus dem Dienst eines öffentlich-rechtlichen Dienstherrn außerhalb des Geltungsbereichs des BayBesG (siehe Art. 1 Abs. 1 BayBesG) vor:</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>		
<p>Die Voraussetzungen für die erhöhte Anfangsstufe nach Art. 30 Abs. 1 Satz 4 BayBesG i.V.m. Art. 39 Abs. 1 LlbG liegen vor:</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>		
<p>Die grundsätzlichen Voraussetzungen für die erhöhte Anfangsstufe nach Art. 30 Abs. 1 Satz 3 BayBesG i.V.m. Art. 34 Abs. 3 LlbG wegen Einstellung in eine Fachlaufbahn mit fachlichem Schwerpunkt mit technischer Ausrichtung liegen vor (die Voraussetzungen einer Regelstudienzeit von mehr als sechs Semestern wird von der Bezügestelle festgestellt).</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein</p>		
<p>Ein Abdruck des Bescheides über die Feststellung sonstiger förderlicher hauptberuflicher Zeiten gem. Art. 31 Abs. 2 BayBesG</p> <p><input type="checkbox"/> liegt bei.</p> <p><input type="checkbox"/> wird nachgereicht.</p> <p><input type="checkbox"/> Sonstige förderliche hauptberufliche Zeiten werden voraussichtlich nicht bescheinigt.</p>		

⁵ Bitte auf Seite 1 links oben auch die Adresse der zuständigen Bezügestelle für den künftigen Bezügeempfänger ausfüllen.

Dienstliche Verwendung ab _____ als _____ ⁶

a) Für den Erwerb der Qualifikation war zusätzlich zum Vorbereitungsdienst eine fachbezogene hauptberufliche Tätigkeit vorgeschrieben

ja (Rechtsgrundlage)⁷

nein

b) Ist eine abgelegte Meisterprüfung Voraussetzung für die Übernahme ins Beamtenverhältnis?

ja (Rechtsgrundlage)

nein

Falls „ja“:

Angabe der vorgeschriebenen Mindestdauer einer hauptberuflichen Tätigkeit die Zulassungsvoraussetzung für die Meisterprüfung war

_____ Jahre _____ Monate

Zulagenberechtigende Verwendung ab _____ als _____

Rechtsgrundlage:

Keine Angaben.

Ggf. weitere erforderliche Angaben für die Festsetzung von Besoldungsbestandteilen
(z.B. Zulagen/Vergütungen/Aufwandsentschädigungen):

Keine Angaben

Die obigen Angaben stimmen mit dem Inhalt der Personalakte überein bzw. werden bestätigt.

Adresse der Personal verwaltenden Stelle		Sachbearbeiter	Telefonnummer
Datum	Stempel		Unterschrift (Personal verwaltende Stelle)

⁶ Z.B. technischer Gewerbeaufsichtsbeamter (BesGr. A10 oder A13) oder Fachlehrer für gewerblich-technische Berufe.

⁷ Z.B. FachV-GA